n Wesel
rrheinisch.
el
Holland). Etwa
knotenpunkt und
z 1924. Prospekt
rheinische
(641
llon-Rotwein
er Liter 2 Mark,
Fischhandlung
Biethold
Fernruf 644
rmit zur Kenntere seit langen
herrn Theodor
rten Vertretunktritt
vig. Bochell,
(Winkenthle)
Wir bitten un
wegen Neuord
erung an Herrn
wollen. Herr
skunftserteilung
eit und hält sich
Feuer-, Haft-
bens-, Einbruch-
Wasserleitungs
zeug-, Aufruhr-
cherungen be
(632
rungs-Konzern
old :: W. Wirz
Ges. Steuerhand.
nte (Mittwoch) abend
/9 Uhr:
General-
probe
Schützenhause
bedingtes Erscheinen
erforderlich.
. Ausgabe der Ausweise für Sonntag,
den 24. d. M.
Ortsgruppe
Frauenverein
Liebfrauen.
Garcia
Lorenos Tod.
Mittwoch 8.15 Uhr
Baracke
allerbestem Zustande,
× 3 Meter, leicht
leat und aufstellbar,
r hell, geeignet als
rkstatt, Lagerraum
r Sommerwohnung,
Ständehalber billig
ugeben
J. Kölle.
Fernruf 509.
Umzugshalber
verkaufen:
lerd, 1 Näh-
schine, div.
chen- u. Schlaf-
immermöbel.
Neustr. 10 2. Tr.
Gute alte k377
Böige
swert zu verkaufen.
äheres in d. Ge-
tsstelle.
große schl fige
Bettlade
Matratze billig
erkaufen. k371
äheres in der Ge-
tsstelle

Bocholter-Borkener
Volksblatt
Rheder Volkszeitung
Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtliches Organ des Landratsamts, der Bürgermeisterämter und Ämter des Kreises Borken, sowie der Zentrumspartei.
Anholt-Isselburger Zeitung

Nr. 50 | Mittwoch, den 20. Februar | 1924

Drei Monate Kabinett Marx.

Von unserm Berliner Korrespondenten.

Berlin, 19. Febr. (Tel.) Die Regierung Marx wird es nicht verabsäumen dürfen, nach dem Zusammentritt des Reichstages selbst Rechenschaft über die Maßnahmen abzulegen, die sie auf Grund des ihr vom Reichstag zugebilligten Ermächtigungsgesetzes zu treffen für gut befunden hat. Denn mit dem 15. Februar sind die der Regierung erteilten Vollmachten abgelaufen und der Wiederbeginn des Reichstages bedeutet zu gleicher Zeit die Bilanz über eine Spanne von fast drei Monaten. Aber wenn die Regierung Marx nach dem bisher beabsichtigten Arbeitsplan des Reichstages im Anfang der nächsten Woche Rede und Antwort stehen wird über das, was geschehen ist, so hat sie durchaus keinen Grund, etwas beunruhigt zu sein. Es wird sich von niemandem ableugnen lassen, daß die durch den unglücklichen Ausgang des Ruhrkonfliktes äußerst gespannten innerdeutschen Verhältnisse einer gewissen Stabilität entgegengeführt worden sind. Man wird, wenn man dies zugibt und behauptet, allerdings nicht so kurzsichtig sein, meinen zu wollen, daß damit der einst gähnende Abgrund bereits völlig überbrückt sei. Die außerordentlich harten, durch den Druck der Verhältnisse gerechtfertigten Eingriffe der Regierung in das Privatleben von Einzelpersonen und Körperschaften haben doch immerhin Spannungen ausgelöst, an deren Abtragung jetzt erst intensiv zu arbeiten ist und die, weil sie zumeist auf dem Gebiete des sozialen Lebens liegen, nicht leicht zu nennen sind.

Trotz alledem muß man gerechterweise der Regierung Marx das Zeugnis ausstellen, daß sie mehr erreicht hat und gar durch eigene Kraft, als man in den kühnsten Träumen zu hoffen wagte. Es ist tatsächlich gelungen, die Wirtschaft, wenn auch nur bescheiden, so doch in allmählicher Stetigkeit in Gang zu setzen. Der Rückgang der Kurzarbeiter, deren Zahl um mindestens 50—60 vom Hundert gesunken ist, darf als sichtbarer äußerer Beweis gelten. Die Inflation ist tatsächlich gebannt, die Papiergeldflut zurückgedämmt. Daß die hierdurch notwendigen Maßnahmen mit ihren teilweise großen Härten eine Senkung der allgemeinen Lebenshaltung des deutschen Volkes im Gefolge hatte, ist bedauerlich, war aber unumgangbar. Gewiß ist die Folge der allgemeinen Geldverknappung ein starkes Kreditbedürfnis von Industrie und Landwirtschaft, und gewiß haben sich auch hier Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiete eingestellt, an deren Behebung tatkräftig gearbeitet werden muß; aber auch hier sind die schwersten Hebel schon angesetzt. Denn wenn der neue Reichsbankpräsident Dr. Schacht mit beschleunigter Energie an der Verwirklichung des Planes seiner Goldnotenbank arbeitet und zwar in der Richtung, eine kreditwürdige Gold- und Devisenunterlage für die Bedürfnisse von Landwirtschaft und Industrie zu schaffen, so laufen diese Bestrebungen doch auf nichts anderes hin, als darauf, die Kaufkraft der Rentenmark im innerdeutschen Verkehr zu erhalten und auf der anderen Seite die finanziellen Bedürfnisse der Wirtschaft zu befriedigen.

Die Regierung Marx hat aber noch mehr aufzuweisen, als nur die ersten Anfänge einer wirtschaftlichen und finanziellen Stabilisation. Sie darf auch politisch für sich in Anspruch nehmen, nicht untätig gewesen zu sein. Wenn jetzt das unerträgliche Verhältnis zwischen Reich und Bayern zu einer Klärung geführt worden ist, so darf man diesen Umstand sehr wohl als einen Erfolg der Regierung Marx buchen. Dabei übersehen wir durchaus nicht, daß im Hintergrund noch die bayerische Denkschrift mit ihren sehr weitgehenden Forderungen lauert. Aber darüber wird zweifellos späterhin noch geredet werden, und wenn das sachlich und mit der nötigen Objektivität geschieht, so ist nicht einzusehen, warum nicht auch hier bei gegenseitigem ehrlichen Willen eine Einigung zustande kommen soll. Daß die Materie schwierig ist und Gefahren in sich birgt, braucht deshalb nicht geleugnet zu werden. Daß es aber nunmehr zu einer Behebung des gegenwärtigen unerspießlichen und unerfreulichen Zustandes zwischen Bayern und Reich gekommen ist, wird man den klugen Bemühungen des Reichskanzlers zu gute halten müssen. Die verfassungswidrigen Verhältnisse konnten nicht einen Augenblick länger ertragen werden, zumal sie sich auf einem Gebiete auswirkten, auf dem Disziplin eine der ersten Forderungen ist, auf dem Gebiete der in ihren Formationen einheitlichen Reichswehr. Politisch ebenso beruhigend mußte die Ankündigung der Aufhebung des Ausnahmezustandes wirken, denn es will uns doch so scheinen, als ob die rechten Voraussetzungen längst hinfällig geworden sind. Dabei soll nicht vergessen werden, darauf hinzuweisen, daß die Staatsautorität noch weiter auf der Hut sein muß, um staatsfeindliche Umtriebe in die rechten Schranken zurückzuweisen.

Auch außenpolitisch ist es dem Kabinett Marx, soweit sich die Lage im Augenblick übersehen läßt, gelungen, eine leichte Entspannung herbeizuführen. Wenn man diesen Umstand hervorhebt, so soll damit nicht einem unangebrachten Optimismus das Wort geredet werden, sondern nur die Tatsache festgestellt sein, daß sich Wandlungen auf wirtschaftlicher Vernunft vorzubereiten scheinen. Die Sachverständigenausschüsse haben Berlin besucht, und man sagt, sie hätten sich auf Grund eingehender Studien der Materie der notwendigen Erkenntnis nicht verschlossen. In Frankreich übt der Frankensturz auch auf die Reparationsfrage seine Wirkungen aus, und auch dort scheint man einzusehen, daß die Rettung der französischen Währung nicht zum letzten bedingt ist durch eine vernünftige Regelung der Weltverschuldung und eine neue Belebung der europäischen Wirtschaftskraft. Dabei wird man sich allerdings bewußt sein, daß der Weg bis zum Endpunkt der Lösung noch lang und beschwerlich ist. Aber ein Lichtstreifen am dunklen Horizont beginnt sich doch zu zeigen. Auch die Frage der Anleihe und der großen Goldnotenbank liegt nicht mehr in nebelhafter Ferne sondern auf Grund der Berliner Aussprache ist berechtigte Hoffnung auf Verwirklichung da.

Wenn das Kabinett Marx vor den Reichstag tritt, wird es mit Recht auf diese Dinge hinweisen dürfen. Seine eigene Taktik wird seine Lage erleichtern oder erschweren. Jedenfalls sollte die Regierung sich nicht scheuen, mit Ruhe und Offenheit die Bilanz zu ziehen. Wie die Parteien sich verhalten werden ist ungewiß. Daß von den Deutschnationalen eine Einsicht nicht zu erwarten ist, darf man als selbstverständlich behaupten, zumal den Herren auf der Rechten aus Anlaß der letzten Landtagswahlen der Kamm erheblich stark geschwollen zu sein scheint. Von der vernünftigen Beurteilung der Lage durch den sachlich und ruhig denkenden Teil der Sozialdemokratie ist schon mehr, weniger freilich wieder von ihrem radikaleren Teile, den früheren Unabhängigen, zu hoffen. Wenn die Parteien sich frei halten wollen von Wahltaktik und einseitiger Parteieinstellung, dann dürfen sie bei allem kritischen Sinn, der gut ist, wenn er sachlich bleibt, nicht achtlos an dem vorübergehen, was tatsächlich zu der günstigeren Wendung unserer Lage Positives geschehen ist. Darf man auf diese Einsicht der Parteien hoffen?

Besprechungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern.

Die Regierung droht mit Auflösung des Reichstags.

Berlin, 19. Febr. (Telegramm unseres Korrespondenten.) **Die Parteiführer sind am Dienstag vormittag vom Reichskanzler zu einer Aussprache über die künftige Entwicklung der innerpolitischen Lage empfangen worden. Zunächst waren die Führer der der Regierung nahestehenden bürgerlichen Parteien und danach der Sozialdemokratie in der Reichskanzlei, am Nachmittag die Deutsch-Nationalen. In dieser Aussprache legte der Reichskanzler die Stellung der Regierung auseinander, die darauf hinausgeht, daß die Regierung ihrerseits die von ihr erlassenen Notverordnungen als ein einheitliches Ganzes betrachtet und es deshalb nach ihrer Auffassung unmöglich sei, irgendeinen wichtigen Bestandteil herauszulösen, ohne damit eine Gefährdung der ganzen Maßnahmen herbeizuführen und den Erfolg illusorisch zu machen. Die Sozialdemokraten wiesen vor allem darauf hin, daß sie sich das Recht der Kritik an den Regierungsmaßnahmen nicht nehmen lassen könnten und daß sie dementsprechend erwägen müßten, ob sie ihrerseits nicht mit einer Reihe von Abänderungsanträgen auf den Plan treten würden. Sie wiesen weiter darauf hin, daß bereits ein Abänderungsantrag zum Beamtenabbau von den Deutsch-Nationalen vorliege. Der Reichskanzler sah sich darauf veranlaßt, den Parteiführern mitzuteilen, daß, wenn der Reichstag irgendeinen wichtigen Bestandteil der von der Regierung getroffenen Maßnahmen aus dem Gesamtrahmen herausnehmen wolle, die Regierung ein solches Vorgehen mit der Auflösung des Reichstages beantworten würde. Die künftige Entwicklung ist aber noch völlig unklar. Es wird zunächst von den Entschlüssen der Sozialdemokratie abhängen, ob sie an dem von ihr vertretenen Standpunkt festhalten will und damit eine vorzeitige Auflösung des Reichstages herbeizuführen beabsichtigt.**

w. Berlin, 19. Febr. (Drahtb.) Ueber die nach den Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und den Parteiführern sich ergebende parlamentarische Lage verlautet von unterrichteter Seite:

Die Reichsregierung ist sich klar darüber, daß die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen nicht vollkommen sind. Die Tatsache aber, daß das öffentliche Leben sich erheblich beruhigt und die finanzielle und wirtschaftliche Lage sich befestigt hat, rechtfertigt diese Verordnungen. Der Reichstag kann sich jetzt, wo die Wahlen vor der Türe stehen, unmöglich die Kraft zumuten, gerade die schwierigsten Punkte der erlassenen Notverordnungen zum Gegenstand aufbauender Kritik und gesetzlicher Regelung zu machen. Die Notverordnungen mögen vervollkommnet oder abgeschafft werden, sobald wir aus der Zeit der Bedrängnis, des raschen Handelns und Helfens heraus sind, es geht aber nicht an, lebenswichtige Fragen einer naturgemäß durch die Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen beeinflußten Kritik und Revision auszusetzen und dadurch das eingeleitete Beruhigungswerk zu gefährden. Die Regierung sieht sich daher nicht in der Lage, eine der von ihr als lebenswichtig erkannten Verordnungen im jetzigen Zeitpunkte aufzuheben oder durch Initiativanträge des Reichstages ändern zu lassen. Auch von einer Behandlung dieser Verordnungen in den Ausschüssen ist neue Beunruhigung und neue Gefährdung für Währung, Wirtschaft und Recht zu befürchten. Die Reichsregierung ist indes bereit, in interfraktionellen Besprechungen die Vorschläge der Parteien, die dann in Initiativanträgen zum Ausdruck kommen können, entgegenzunehmen.

Berlin, 19. Febr. (Telegramm unseres Korrespondenten.) Infolge des Wiederbeginns des Reichstages haben sich auch die Fraktionen zu ihren Besprechungen zusammengefunden. Bereits heute sind die Deutsch-Nationalen, die Volksparteiler und die Sozialdemokraten zusammengetreten. Im Mittelpunkt der Beratungen der Parteien stehen die von der Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen und die Frage, welche Haltung ihnen gegenüber die Parteien einnehmen wollen. Die Demokraten und das Zentrum treten erst morgen vormittag 10 Uhr zusammen. Da nach den Beschlüssen des Aeltestenrates erst zu Beginn der nächsten Woche die Regierungserklärung erwartet werden kann, ist anzunehmen, daß in der Zwischenzeit eine Verständigung unter den Parteien über ihr taktisches Vorgehen und ihr Verhalten zu den Regierungsmaßnahmen gesucht und gefunden wird. Die Sozialdemokraten haben in ihrer heutigen Fraktionssitzung die Notverordnungen ihren Fachausschüssen zur Vorbereitung von Anträgen übergeben, die vielleicht schon morgen beim Reichstage eingebracht werden können.

Das Kapital der Goldnotenbank.

Die Beratungen der Sachverständigen.

m. Paris, 19. Febr. (Drahtb.) Eine Korrespondenz will von unterrichteter Seite gehört haben, die von den Sachverständigen geplante Goldnotenbank werde den Geldumlauf für Deutschland auf 240 Millionen Pfund Sterling berechnen, was für den Kopf der Bevölkerung vier Pfund Sterling ergeben werden. Heute beträgt dieser Satz etwa 30 Schilling.

eca. Paris, 19. Febr. (Eig. Drahtb.) Die beiden Sachverständigenausschüsse hielten heute vormittag Sitzungen ab. Der Ausschuß Mac Kennas beschäftigte sich mit den Berichten der Buchhaltungssachverständigen, die mit Nachforschungen bei den Berliner Banken über die deutschen Kapitalien im Ausland beauftragt waren. Der Ausschuß Daves hat von dem Bericht des Unterausschusses für die Goldnotenbank über die gestrige Anhörung Dr. Schachts Kenntnis genommen. Dieser hat den Plan einer deutschen Goldkreditbank auseinandergesetzt, die er so schnell wie möglich errichten möchte. Nachdem der Ausschuß diesen Plan geprüft hatte, ohne sich auf ihn endgültig festzulegen, wurden die Statuten einer Goldnotenbank besprochen, in die eventuell das von Dr. Schacht geplante Goldkreditinstitut aufgehen soll. Der Unterausschuß für die Goldnotenbank hat heute nachmittag eine weitere Sitzung abgehalten.

× Mailand, 19. Febr. Der italienische Delegierte bei den Sachverständigenberatungen, Professor Flora, erklärte über die Höhe der deutschen Reparationsschuld, die Sachverständigen hätten sich zwar noch nicht auf eine bestimmte Summe geeinigt, jedoch sei erörtert worden, daß Deutschland bei einigermaßen gutem Willen eine Schuld von 50 Milliarden Goldmark bezahlen könne.

Weiterer Sturz des französischen Franken.

w. Newyork, 19. Febr. (Funkspruch.) 100 Franken gleich 4,18 Dollars (am 18. Februar 4,26).

m. Paris, 19. Febr. (Drahtb.) Die gesamte französische Presse bespricht in erregten Artikeln die Steigerung des englischen Pfundes bezw. das Sinken des französischen Franken auf mehr als hundert Franken. Die Linkspresse führt den Sturz auf Poincarés verfehlte Außenpolitik zurück, während die nationalistischen Blätter erklären, der Sturz sei die Folge der Schwäche Poincarés gegenüber dem Ansturm der Gegner Frankreichs. Die Regierungspresse endlich sieht die Hauptursache in der unsicheren Lage Frankreichs.

m. London, 19. Febr. (Drahtb.) In Citykreisen wird der Sturz des Franken lebhaft besprochen. Man führt ihn weniger auf Spekulation zurück, als auf das Mißtrauen des Auslandes gegenüber den Maßnahmen der französischen Regierung. Nach Auffassung der englischen Wirtschaftskreise wird sich die Wirtschaftskrise in Frankreich weiter verschärfen, da Frankreich mehr Geld ausgebe, als es von irgend einer Seite erhalten könne.

Schließung der Pariser Warenbörse.

w. Paris, 19. Febr. (Tel.) Der Polizeipräsident von Paris hat die Pariser Warenbörse bis auf weiteres geschlossen. Der Grund liegt in dem gestrigen erneuten Frankensturz. Nach dem „Matin" schloß das Pfund an der Abendbörse mit 102,50, der Dollar mit 23,90.

eca. Paris, 19. Febr. (Eig. Drahtb.) Gemäß der Verordnung des Polizeipräfekten von Paris ist der Handel an der Produktenbörse heute unterblieben und es sind keine Kurse notiert worden. Die Handelsverbände sind heute nachmittag zusammengetreten, um die Lage zu prüfen. Das Generalsyndikat hat für heute abend um eine Audienz beim Handelsminister und beim Präsidenten des Ministerrates gebeten. An der Produktenbörse ist ein Ordnungsdienst eingerichtet worden, um Ansammlungen zu verbieten.

Der Ruck nach rechts in Mecklenburg.

w. **Schwerin**, 19. Febr. (Tel.) Bis heute mittag lag aus 1031 Bezirken das vorläufige Wahlergebnis vor; 80 stehen noch aus. Danach haben erhalten: Deutschnationale 91 839 (18 Sitze), Sozialdemokraten 71 785 (14), Deutsche Volkspartei 23 727 (4), Deutschvölkische 61 633 (12), Kommunisten 43 822 (8), Demokraten 11 621 (2), Wirtschaftsbund 5020 (1), Landbund 4154 (0), Republikaner 2810 (0), Unabhängige 2500 (0)

Es haben jetzt an zwei Sonntagen hintereinander in deutschen Ländern Wahlen stattgefunden, deren Ergebnis im Hinblick auf die in diesem Sommer zu erwartenden Reichstagswahlen besonderes Interesse beanspruchen. Falsch wäre es freilich, wollte man daraus ohne weiteres den Schluß ziehen, daß nun genau auch so die Reichstagswahlen ausfallen werden, daß also wie in Thüringen und Mecklenburg sich auch in den übrigen Teilen des Reiches eine Abkehr von der Mitte und ein starker Zudrang zu den beiden radikalen Parteien rechts und links vollziehen werde. Die Willenskundgebung der Bevölkerung in Thüringen kann dafür ebenso wenig wie die Wahlentscheidung der Bevölkerung des agrarischen Mecklenburg als strikter Beweis angesehen werden. Wohl dagegen wird die Sozialdemokratie beide Wahlergebnisse als eine Quittung für ihre durch die Wiedervereinigung mit den Unabhängigen hervorgerufene unentschlossene und oft widerspruchsvolle Politik, die zur Mißwirtschaft führte, betrachten dürfen. Sonst hätte sie in Mecklenburg, wo sie mit 28 Mandaten bisher die stärkste Fraktion im Landtag war, nicht die Hälfte ihrer Sitze verloren.

Einen schweren Rückzug hat in Mecklenburg auch die Deutsche Volkspartei erlitten. Ihr sind von 12 Sitzen nur vier geblieben. Offenbar sind ihre Anhänger in Scharen nach rechts abgewandert, während die Sozialdemokratie nach beiden Seiten verloren hat. Denn die Kommunisten haben statt ihrer früheren vier jetzt acht Mandate, die Deutschnationalen statt bisher 15 nunmehr 18, und die bisher überhaupt nicht vertretene Deutschvölkische Partei hat gleich 12 Sitze sich erobert. Das Zentrum ist bekanntlich in Mecklenburg überhaupt nicht vertreten, in Thüringen hat es auf dem Wege über den Ordnungsblock ein Mandat erhalten.

Das Blatt der Deutschen Volkspartei, „Die Zeit", sucht die wichtigste Ursache für den Mißerfolg der Deutschen Volkspartei in Mecklenburg, in dem Verlust des „Rostocker Anzeigers", der bis zu Anfang dieses Jahres die Richtung der Deutschen Volkspartei vertreten habe, alsdann aber in die Dienste des Landbundes getreten sei und einen scharfen Kampf gegen die Deutsche Volkspartei geführt habe. Dazu komme die hemmungslose Wühlarbeit der Deutschnationalen und der Deutschvölkischen, die die Deutsche Volkspartei vielfach als nicht ganz zuverlässig gegenüber den Sozialdemokraten bezeichnet habe. Das sei ein um so unehrlicheres Spiel, als die Führer der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen sich verabredet hätten, die gegenseitige Bekämpfung in Erwartung künftiger gemeinsamer Regierungsarbeit zu vermeiden.

Die „Vossische Zeitung" hebt die außerordentliche Radikalisierung hervor, die in dem Gesamtergebnis zum Ausdruck komme. Im übrigen glaubt das Blatt, anzweifeln zu dürfen, ob zwischen Deutschvölkischen und Deutschnationalen ohne weiteres eine Zusammenarbeit möglich sein würde, da die Deutschvölkischen als Wettbewerber und geistig Verwandte der Kommunisten aufgetreten seien.

Aehnliche Zweifel scheinen übrigens auch auf deutschnationaler Seite zu bestehen, denn in einer von dem deutschnationalen Abgeordneten v. Lindeiner dem „Berliner Lokalanzeiger" übersandten Zuschrift wird daran erinnert, daß die Deutschvölkische Freiheitspartei in Mecklenburg es überall abgelehnt habe, als eine Partei rechts von den Deutschnationalen zu gelten, und daß u. a. in Thüringen die auffallende Tatsache zu verzeichnen sei, daß die völkischen Abgeordneten darum ersucht hätten, ihnen im Landtag die Sitze nicht rechts von den Deutschnationalen, sondern zwischen den Mittelparteien und der Sozialdemokratie anzuweisen. Schließlich wird die Zuversicht ausgesprochen, daß die Deutschvölkischen die Durchführung eines Rechtskurses in Thüringen wie in Mecklenburg ermöglichen.

Ob es nunmehr in Mecklenburg zu einer Rechtsregierung kommen wird, läßt sich noch nicht sagen. Da die Deutschnationalen und die Deutschvölkischen zusammen 30 Sitze haben und die Deutsche Volkspartei sicherlich nicht mit der Linken gehen wird, wäre immerhin die Möglichkeit für eine solche Regierung gegeben. In politischen Kreisen Schwerins ist man aber der Ansicht, daß es zur Bildung eines Beamtenministeriums kommen wird, da der Führer der Deutschvölkischen verschiedentlich erklärt hat, seine Partei werde der Regierung bis auf weiteres fernbleiben, während die Deutschnationalen ohne die Völkischen kein Ministerium bilden wollen. Es ist ja ebenfalls möglich, daß diese Ansichten sich noch ändern, sehr wahrscheinlich ist es aber nicht, weil die äußerste Rechte sich offenbar bis zu den Reichstagswahlen volle Handlungsfreiheit sichern, keine amtlichen Verantwortungen in einer Regierung auf sich nehmen und sich damit von Hemmungen für ihre Werbearbeit im Reich freihalten will.

Wiederzusammentritt des Preußischen Landtags.

⊀ **Berlin**, 19. Febr. (Tel.) Nach vierzehntägiger Pause nahm heute der preußische Landtag nachmittags 3 Uhr seine Sitzungen wieder auf. Das Haus beschäftigte sich nach Erledigung einer Reihe kleinerer Vorlagen in zweiter Beratung mit dem Gesetzentwurf über die Auflösung der Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen, wonach die Kommission zum 1. April 1924 aufgelöst wird, und nahm diese Vorlage endgültig an.

Angenommen wurde ferner ein Ausschußantrag, wonach die Musikfrage in Schule und Volk tatkräftig gefördert werden soll. Ein Zentrumsantrag betreffend die Verpflichtung der Reichsbankstellen zur Annahme von Notgeld hat der Ausschuß für Handel und Gewerbe einstimmig zur Annahme empfohlen. Das Haus beschließt mit großer Mehrheit nach dem Ausschußantrag.

Zwei im Sommer 1915 wegen Brandstiftung zu 12 bezw. 15 Jahren Zuchthaus verurteilte Einwohner des Kreises Kehdingen haben sich um Befürwortung der Begnadigung und Entlassung aus dem Zuchthause an den Landtag gewandt. Der Rechtsausschuß hat die Eingabe zur Berücksichtigung dahin empfohlen, daß die Gesuchsteller auf dem Gnadenwege aus der Strafhaft entlassen werden. Von der Deutschen Volkspartei wurde die Zurückweisung der Eingabe an den Rechtsausschuß mit der Begründung beantragt, daß angesichts der Zunahme der böswilligen Brandstiftungen auf dem Lande das Volk ein Vorgehen, wie es der Ausschuß empfiehlt, einfach nicht verstehen werde. Dieser Antrag der deutschen Volkspartei wurde angenommen.

Angenommen wurden ferne Ausschußanträge über landwirtschaftlichen Unterricht in der ländlichen Volksschule und Weiterbildung der Lehrer in der Landwirtschaftskunde.

Nach Erledigung einer Anzahl kleinerer Anträge und Eingaben vertagte sich das Haus auf Mittwoch: Beamtenabbauverordnung, kleinere Vorlagen.

Die Reichsminister Dr. Luther und Hamm in Bayern.

✕ **München**, 19. Febr. (Tel.) Reichsfinanzminister Dr. Luther und Reichswirtschaftsminister Hamm sind hier eingetroffen, um mit der bayerischen Regierung über finanzielle und wirtschaftliche Fragen, wie sie sich namentlich aus der dritten Steuernotverordnung ergeben, Fühlung zu nehmen.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Anläßlich der Anwesenheit des Reichswirtschaftsministers Hamm, der zu einer Fühlungnahme mit dem bayerischen Handelsminister und den Kreisen der bayerischen Wirtschaft nach München gekommen war, hatte das Handelsministerium mehrfach zu einer Besprechung eingeladen. Nach den Ausführungen des Staatsministers Dr. v. Meindl über die Sorgen und Wünsche der bayerischen Wirtschaft, denen sich eine eingehende Aussprache anschloß, ergriff der Reichswirtschaftsminister das Wort. An die Spitze stellte er den Satz, daß erst jetzt der Versailler Vertrag in seiner vollen Härte Wirklichkeit werde. Die Grundursache der wirtschaftlichen Lage sei die ungeheure Inflationsverarmung. Es handele sich heute darum, alle Kräfte heranzuholen, um wieder langsam in die Höhe zu kommen. Jede fahrlässige Gefährdung der Rentenmark sei eine schwere Versündigung am deutschen Volke. Die Endlösung müsse allerdings die Goldnotenbank sein, die den Anschluß an die Weltwirtschaft ermögliche. Von diesem Gesichtspunkte aus müsse die noch bestehende Beschränkung des Devisenhandels in Kauf genommen und die außerordentlich schwierige Frage gelöst werden. Oberster Grundsatz aller Maßnahmen sei die Verhütung einer neuen Inflation. Der Reichswirtschaftsminister schloß seine Darlegungen mit einem Appell an das Verbundenheitsgefühl von Staat und Wirtschaft und an die unlösliche Gemeinschaftlichkeit von Reich und Einzelländern. Dankesworte des bayerischen Handelsministers bildeten den Ausklang der von aufrichtigem beiderseitigem Vertrauen getragenen Aussprache.

Die neue Ordnung in der Pfalz.

oca. **Paris**, 19. Febr. (Eig. Drahtb.) Der „Temps" teilt mit: Der **Sonderausschuß der interalliierten Rheinlandkommission für die Regelung der Malzfrage** hat heute an die Oberkommissare den Wortlaut der Regelung gesandt, die sie einstimmig angenommen hat. Aus diesem Dokument geht hervor, daß der Sonderausschuß, den vom Pfälzer Kreistag gewählten Vorsitzenden als einzigen Verantwortlichen gegenüber den Besatzungsbehörden für die Wiederherstellung der Ordnung und für die Vermeidung von Repressalien gegen die Separatisten bestimmt hat. Der Vorsitzende des Kreistages und der vom Kreistag gewählte ständige Ausschuß sind formell verpflichtet worden, in keine irgendwie gerichteten Beziehungen zu der „ungesetzlichen Verwaltung" in Heidelberg zu treten, die sich bemüht, gegen die Tätigkeit der alliierten Delegierten zu arbeiten und von ihr keine Instruktionen entgegenzunehmen. Der Vorsitzende des Pfälzer Kreistages verpflichtet sich darnach mit den französischen Besatzungsbehörden zusammenzuarbeiten, um die Ordnung aufrechtzuerhalten und die Verwaltung mit den in der Pfalz gebliebenen Beamten zu reorganisieren. Die von der separatistischen „Regierung" ausgewiesenen Beamten dürfen ihre Tätigkeit nur nach und nach wieder aufnehmen, nachdem die Besatzungsbehörden die nötigen Maßnahmen für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung geprüft haben. Die von der Rheinlandkommission ausgewiesenen bayerischen Beamten sind von der Rückkehr ausgeschlossen, abgesehen von besonderen Beschlüssen der Rheinlandkommission gemäß den gewöhnlichen Richtlinien. Schließlich darf keine gerichtliche Verfolgung der Separatisten vorgenommen werden. Die oberste Justizbehörde der Pfalz, die ihren Sitz in Zweibrücken hat, wird sich nach diesen Beschlüssen zu richten haben. Der Sonderausschuß hat einstimmig General de Metz, dem Delegierten der Rheinlandkommission in der Pfalz, die Aufgabe übertragen, für die Ausführung der vorstehenden Bestimmungen zu sorgen. Der Ausschuß hat sich nach Coblenz zurückbegeben, wo er der Rheinlandkommission Bericht zu erstatten hat.

Aus Westfalen und Rheinland.

× **Münster**, 19. Febr. **(Neue Siedlungsbauten auf der Geist.)** Zur Behebung der Wohnungsnot in Münster haben sich drei Spitzenverbände der Angestellten-Gewerkschaften auf neutralem Boden zusammengefunden und von der Stadt Münster auf der Geist 90 Ar Gelände erworben. Auf Grund des Siedlungs- und Heimstättengesetzes will die gemeinnützige Baugenossenschaft für Angestellten-Heimstätten e. G. m. b. H. vorläufig je 8 Einfamilienhäuser mit 4—5 Zimmern, Küche und Zubehör errichten. Für jedes Heim sind ca. 5 Ar Gartenland vorgesehen. Mit der Bauausführung soll bereits Ende März begonnen werden.

× **Recklinghausen**, 19. Febr. **(Verhafteter Schwindler.)** Die Polizei verhaftete eine Person, die unter Ausnutzung der Arbeitslosigkeit Arbeiter und Bergleute in dem Recklinghäuser, Herner und Bochumer Revier für die Bagdadbahn verpflichtete. Für die Papiere ließ sie sich große Summen zahlen. Bald aber mußten die Opfer erfahren, daß sie einem Schwindler in die Hände gefallen waren.

× **Dortmund**, 19. Febr. **(Geöltes Pflaster.)** Gestern mittag wurde das Straßenpflaster der Weißenburgerstraße an der Kreuzung der Hamburger Straße buchstäblich eingefettet. Einer Großhandlung war ein großes Faß feinstes Salatöl vom Wagen gefallen und beim Sturz auf das Pflaster geplatzt. Der Inhalt lief völlig aus und bedeckte die Straße mit einer großen Lache. An eine auch nur teilweise Bergung war nicht zu denken, und es blieb nichts anderes übrig, als mit Besen und Schaufeln die mit Straßenstaub vermischte Oelschicht zu entfernen.

× **Bochum**, 19. Febr. **(Bestrafte Plünderer.)** Wegen Plünderung des Lebensmittelgeschäftes Stratmann in Eickel am 24. Oktober 1923 verurteilte die Sonderstrafkammer den Beramann Franz Gehring aus Eickel als Rädelsführer zu 2 Jahren 1 Woche Gefängnis und 1 Woche Haft. 5 Angeklagte zu 3 Monaten bis 8 Monaten Gefängnis, einen Angeklagten zu 6 Wochen Gefängnis, drei Angeklagte wurden freigesprochen.

× **Soest**, 19. Febr. **(Zusammenkunft ehemaliger Kriegsteilnehmer des Ref.-Inf.-Rgts. 55).** Am 2. August soll in Soest eine Zusammenkunft der Kameraden des Infantr.-Rgts. 55 auf dem Schützenhofe stattfinden. Sämtliche Angehörige dieses Truppenteils, Ortsgruppen und Vereinigungen, die hieran teilnehmen, wollen sich schon jetzt mit Herrn S. L. Barella in Soest in Verbindung setzen.

‡ **Bielefeld**, 19. Febr. **(Vom Zuge überfahren und getötet)** wurde in der Nähe der Ueberführung am Langenhagen ein Bahnarbeiter. Der Verunglückte wollte einem herannahenden Zuge ausweichen und trat auf das Nebengleis. Im gleichen Augenblick brauste auf diesem aus der entgegengesetzten Richtung ein Zug heran, der den Unglücklichen zermalmte.

‡ **Düren**, 19. Febr. **(Eine neue Erfindung.)** Ein Sohn unserer Stadt, Elektromeister Michael Esser, machte eine Erfindung auf dem Gebiete des Beleuchtungswesens. Es handelt sich um eine Serienschaltung bei der elektrischen Birne, die nach dem neuen Verfahren hell, mittel und dunkel brennen kann, so daß sie für Straßen-, Kino-, Auto-, Bahnhof- und Theaterbeleuchtung sowie für alle Gebäude, in denen teils helles, teils dunkles Licht gebraucht wird, geeignet ist.

‡ **Elberfeld**, 19. Febr. **((Tödlicher Schuß.)** Hier hielten drei Oberprimaner und ein Bankangestellter auf einem Speicherzimmer Schießübungen mit einer Mauserpistole ab. Als drei von ihnen die Schußstellen suchten, krachte ein Schuß und der Bankbeamte fiel tödlich getroffen zu Boden. Ein zurückbleibender Oberprimaner hatte durch leichtsinniges Umgehen mit der Schußwaffe den tödlichen Schuß abgegeben.

‡ **Trier**, 19. Febr. **(Rückkehr ausgewiesener Eisenbahner.)** Von dem im Verlaufe des passiven Widerstandes im hiesigen Eisenbahndirektionsbezirk ausgewiesenen Eisenbahnern sind bis zum 9. Februar 175 Bedienstete und 372 Familienangehörige zurückgekehrt

Letzte Nachrichten.

Die Spitzenorganisationen der Beamten beim Reichskanzler.

w. **Berlin**, 19. Febr. (Tel.) Der Reichskanzler empfing heute nachmittag die Spitzenorganisationen der Beamtenschaft zu einer Aussprache über die wichtigen schwebenden Beamtenfragen. Es wurden dabei die Wünsche und Beschwerden über die Personalabbauverordnung und ihre Durchführung, über die Dienstzeit und Urlaubsregelung und über die Besoldung vorgetragen. Der Reichskanzler schilderte in eindringlichen Worten die außerordentlich ernste innen- und außenpolitische Lage. Er sagte den Spitzenorganisationen zu, die Beschwerden zu prüfen, besonders die Frage der Schaffung einer Schiedsstelle für den Personalabbau zu erwägen und den Wünschen im Rahmen des finanziell möglichen zu entsprechen.

Riesenfeuersbrunst in Newyork.

oca. **Newyork**, 19. Febr. (Eig. Drahtb.) **Im Ghetto von Newyork ist gestern eine gewaltige Feuersbrunst ausgebrochen, bei der 30 Personen ums Leben kamen. Es wird vermutet, daß ein Geistesgestörter das Feuer angelegt hat.**

Zusammentritt der Reparationskommission.

oca. **Paris**, 19. Febr. (Eig. Drahtb.) Der „Temps" veröffentlicht folgende Mitteilung: Die Reparationskommission wird heute nachmittag zusammentreten, um vor allem die Höhe der von Deutschland im Monat März zu leistenden Kohlenlieferungen festzustellen. Diese Ziffer wird wahrscheinlich dieselbe wie in den vorigen Monaten sein das heißt, es wird die Lieferung von 1,8 Millionen Tonnen Kohle an die Ententemächte einschließlich Luxemburg vorgeschrieben werden.

Lorenz-Krupka Sieger im 2. Breslauer Sechstagerennen.

ks. **Breslau**, 19. Febr. (Eig. Drahtb.) Das 2. Breslauer Sechstagerennen, das heute abend 10 Uhr seinen Abschluß fand, sah die Mannschaft Lorenz-Krupka mit 222 Punkten als Sieger. Die nächsten Plätze belegten Oliveri-Tomani 251, Stabe-Wolle 217, Hahn-Tietz 175, Huschke-Kohle 174, Rosellen-Schrefeld 121, Storm-Bielemolen 72, Thomas-Behrend 54 Punkte. Zurückgelegt wurden 4087,8 Kilometer.

Letzte Handelsnachrichten.

Berliner Produktenmarkt.

w. **Berlin**, 19. Febr. (Tel.) Da das Frostwetter anhält, und die Kälte gegen gestern sich noch erhöht hat, waren die Verkäufer am Produktenmarkt weiter vorsichtig. Auch die Kauflust war unbedeutend. Es ließen sich daher bei der unveränderten Geschäftsstille höhere Preise nur schwer durchsetzen. Für Weizen blieben die Mühlen weiter Reflektanten, doch war das Geschäft ruhig, weil die Preisangebote für Mehl im Verhältnis zum Weizenpreis sich wenig veränderten. Für Roggen lauteten die Forderungen erneut höher, wurden aber meist nicht bewilligt. Die Haferpreise verstärkten ihre Neigung zum Anziehen. Die Umsätze in Hülsenfrüchten und Futtermitteln waren bei wenig veränderten Preisen gering.

Die amtlich notierten Preise in Goldmark betrugen ab Station: Weizen märkischer 166—172, mecklenburgischer 165 bis 168, Roggen märkischer 137—141, pommerscher 133—135, Futtergerste 140—150, Braugerste 155—170, Hafer märkischer 110 bis 118, pommerscher 108—113 (alles pro 1000 Klgr.) Weizenmehl 25,5—27,5, Roggenmehl 22—24, Weizenkleie 8,30—8,40, Roggenkleie 6,90—7,15, Raps 290—295, Leinsaat 415—435, Viktoriaerbsen 26,5—28, Speiseerbsen 19—20, Futtererbsen 13—14, Peluschken 13,5—14,5, Ackerbohnen 14—15, Wicken 14—15, Lupinen blau 15—16,5, gelb 14—14,5, Seradella 10,4—10,6, Rapskuchen 21—22, Leinkuchen 7,80—7,90, Trockenschnitzel 15,5—16 (alles in 100 Klgr.)

Rauhfutter. (Nichtamtlich.) Großhandelspreise pro 50 Klg. ab Station: Weizen- und Roggenstroh (drahtgepreßt) 0,58—0,70, Haferstroh (drahtgepreßt) 0,40—0,50, Weizen- und Roggenstroh (bindfadengepreßt) je nach Frachtlage verschieden, Heu, gutes 1,05—1,35, handelsüblich 0,90—1,10, Kleeheu 1,70 bis 2,00.

Altenessener Schweinemarkt.

h. **Altenessen**, 19. Febr. (Eig. Drahtb.) Auftrieb 842 Ferkel. Es wurden im Engroshandel bezahlt Ferkel im Alter von 6—8 Wochen 11—17, 8—12 Wochen 17—22, 12—15 Wochen 22—30, Faselschweine über 15 Wochen 30—42 Bill. Mark. Das Geschäft verlief langsam.

Die Mark in Newyork.

w. **Newyork**, 19. Febr. (Funkspruch.) Schlußkurs der Mark: 1 Billion Mark = 21,75—22,125 Cents (1 Dollar = 4,597 bis 4,515 Bill. Mark.

Baumwollnotierungen.

w. **Bremen**, 19. Febr. (Tel.) Amtlicher Schlußpreis von 1 Uhr mittags 33,11 Dollarcents (18. Febr. 34,05).

w. **Liverpool**, 19. Febr. (Drahtb.) Amtl. Schlußpreis von 3 Uhr nachm. März 17,23, Mai 17,35, Juli 17,03, Okt. 15,35. Tendenz stetig.

w. **Newyork**, 19. Febr. (Funkspruch.) Amtl. Schlußpreis. März 3006, Mai 3029.

Ununterbrochen geöffnet

von morgens 8 Uhr bis abends 7 Uhr

ist unsere am 15. Februar cr. in zentraler Lage Münsters eröffnete

„Zeno".

Haupt-Anzeigen-Annahmestelle und Werbezentrale

Münster i. W.

Michaelisplatz 1/2 Fernruf 457

Die Stellung des Handwerks in Wirtschaft und Politik.

Im Gürzenichsaal in Köln hat am Montag nachmittag der Rheinische Handwerkerbund eine große Kundgebung veranstaltet, in deren Mittelpunkt die nachstehend wiedergegebene Rede des Reichs- und Landtagsabgeordneten Thomas Esser stand, des in Mittelstands- und Handwerkerfragen seit langen Jahren tätigen Zentrumsparlamentariers. Er führte etwa folgendes aus:

Das Handwerk hat die bis zum Beginn des Ruhrkampfes in der Wirtschaft und im öffentlichen Leben eingenommene angesehene Stellung verloren. Der Tätigkeitsbericht des Reichsverbandes für das deutsche Handwerk für die Zeit vom 31. Oktober bis 31. Dezember 1923 an die Spitzenorganisationen für das deutsche Handwerk bietet in vielfacher Beziehung eine interessante Lektüre. Zeitweilig, so heißt es z. B. darin, hat man in dem Zeitabschnitt den Eindruck gehabt, als ob man im Reichswirtschaftsministerium bewußt das Handwerk von der Teilnahme an der Regelung der allgemeinen wirtschaftlichen Fragen ausschalten wollte. Das Handwerk hat in unserem Wirtschaftsleben drei wichtige Aufgaben zu erfüllen. Erstens ist es der Vermittler zwischen Großunternehmer und den breiten Arbeitnehmermassen, zweitens dient es der Versorgung der weiten Kreise der Verbraucher mit den Gegenständen des täglichen Lebens in Anpassung an das individuelle Bedürfnis und die dritte überaus wichtige Aufgabe besteht darin, daß es in dieser Zeit des Wiederaufbaues die Arbeit der Heranbildung der für die geplante Wirtschaft unbedingt notwendigen Facharbeiter übernommen hat.

Das Handwerk hat in den jetzigen schweren Kämpfen im Wirtschaftsleben keinerlei Anlaß, sich nach den Rezepten eines gewissen Herrenmenschentums, das Steigerung der Arbeitsleistung bei gleichzeitiger Herabminderung der Löhne erstrebt, für dessen Interesse sich als Vorspann brauchen zu lassen. In dem kommenden Reichshandwerkergesetz wird der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft, der Gewerbesolidarität mit großer Entschiedenheit betont. Die Mission des Handwerks ist es hier, als erst beteiligter Stand diesen großen Gedanken in die Tat umzusetzen. Das Verhältnis zur Industrie ist in den letzten Jahren in mancher Hinsicht getrübt worden. Es sei nur erinnert an die drückenden Zahlungsbedingungen der jüngsten Vergangenheit. Auch das Verhältnis zur Landwirtschaft hat stark gelitten. Nichts ist kurzsichtiger als eine gewisse Schadenfreude über die heutige Not der Landwirtschaft. Wenn es dem Bauer schlecht geht, geht es auch dem Handwerker schlecht. Selbst die sozialistische Agrarkorrespondenz macht das interessante Eingeständnis, daß durch die schwer darniederliegende Landwirtschaft die Ernährung des deutschen Volkes gefährdet wird. Die Industrie muß ihre Erzeugnisse der Landwirtschaft billiger als bisher ablassen. Im Handwerk muß man sich bewußt werden, daß man gerade auf dem Lande auf die Einigkeit zwischen Lndwirtschaft und Handwerk angewiesen ist. Die Landwirtschaft muß man unterstützen, indem man wieder anfängt, sachlich und gründlich zu kalkulieren. Nach der Stabilisierung der Mark ist dies auch möglich, und auch die Senkung der Löhne der Arbeitnehmer legt diese Pflicht nahe. Man muß bedenken, daß das Handwerk nur eine Gruppe, ein einzelnes Glied im Wirtschaftsleben ist. Es kann sich nur selbst helfen, wenn es Verständnis bei den übrigen Ständen zu wecken versteht. Von diesen erwartet man aber auch Verständnis für die Belange des Handwerkes, und zwar mit allem Nachdruck nach oben wie nach unten.

Von Reich, Staat und Gemeinden kann man bei der trostlosen Finanznot beim besten Willen für das Handwerk nichts mehr verlangen. Mit dieser Konsequenz des verlorenen Krieges muß man sich abfinden. Aber es muß auch verlangt werden, daß bei der Besteuerung jede billige Rücksicht auf das durch den Ruhrkampf und seine Folgen so schwer geschädigte Handwerk genommen wird. Es ist der größte Fehler der letzten Wochen, daß man bei dem neuen Gewerbesteuerentwurf die Besteuerung der Konsumgenossenschaften und -Vereine abgelehnt hat. Wenn ein rechter Opfergeist durch das Volk zieht, dann müssen auch diese Genossenschaften, auch die Genossenschaften in den eigenen Reihen zu dieser Steuer herangezogen werden. Das Handwerk will hier keine Ausnahmestellung einnehmen. Was ihm aber für seine Genossenschaften recht ist, muß den anderen billig sein. Der Antrag ist zwar im Ausschuß des Landtages mit 15 : 14 Stimmen angenommen worden, aber man weiß nicht, wie die Abstimmung im Plenum ausläuft. Die restlose Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft ist zu begrüßen. Die Mietssteuer ist nur zu verstehen unter dem Gesichtspunkte des gewaltigen Finanzelends im Reiche. Durch einen nicht zu schroffen Uebergang, der auch die Interessen der Mieter gebührend berücksichtigt, muß auch hier ein Ausgleich angestrebt werden.

Auch die Frage des Kreditwesens ist sehr ernst. Wir müssen uns leider mit dem Verlust jeder Kreditgrundlage abfinden; erst muß wieder der Weg zu neuer Kapitalbildung beschritten werden. Aber der Spartrieb kann ohne hohe Habenzinsen nicht angereizt werden. Abgesehen von den teueren Rentenmarkkrediten, ist tatsächlich jede andere Kreditquelle, um auf billigem Wege Geld zu erhalten, versiegt. Man muß wieder zur genossenschaftlichen Selbsthilfe greifen und hier mit der alten eisernen Zähigkeit, Ruhe und Zielstrebigkeit wie früher mit Mark und Pfennig zu rechnen beginnen. Der genossenschaftliche Geist tut nie so not wie jetzt. Um weiter zu kommen, muß auch dieser Aufbau von unten herauf einsetzen in zäher, emsiger Arbeit. Auf dem Gebiete der öffentlichen Lieferung muß man wegen der Finanznot im Reiche alle Erwartungen ganz bedeutend zurückschrauben. Man wird aber auch darüber wachen müssen, daß bei den zu verteilenden geringen Aufträgen das Handwerk in gerechter Weise berücksichtigt wird.

Besonders eindringliche und überzeugend wirkende Ausführungen machte der Abgeordnete zur Frage der Tätigkeit der bevorstehenden Wahlen auf berufsständischer oder parteipolitischer Grundlage. Es sind starke Strömungen vorhanden, die glauben, es würde dem Interesse förderlich sein, wenn die Wahlen auf berufsständischer Grundlage vorgenommen würden. Auf Grund langjähriger praktischer Erfahrungen aber muß ich, so sagte der Redner, erklären, daß nichts bedenklichere Folgen für das Handwerk nach sich ziehen wird, als wenn die Mehrzahl der Handwerker diesen Lockungen folgen wollten. Das politisch kluge Verhalten der übrigen Stände kann hier als Muster hingestellt werden. Die Landwirtschaft hat sich, als sie so gewaltig unter dem Freihandel litt, ihre Angehörigen zur stärksten berufsständischen Organisation zusammengeschlossen, aber hat nicht den Fehler begangen, sich politisch auf der Grundlage dieser berufsständischen Organisation zu orientieren, vielmehr ihre Kräfte stets und mit Erfolg benutzt, sich innerhalb der politischen Parteien Geltung zu verschaffen. Auch die Arbeiter haben das bisher noch nicht getan. Ihr Vorgehen hat bewiesen, daß sie sich gerade durch die nachhaltige Beeinflussung der Parteien eine solche Haltung zu schaffen verstanden haben, die sie, wenn sie gesondert vorgegangen, niemals erreicht haben würden. Eine Mehrheit für die Belange des Handwerks in den Parlamenten wird nur dann erzielt, wenn es den Vertretern des Mittelstandes gelingt, sich in den großen Parteien durchzusetzen. Die vier Abgeordneten der Deutschen Wirtschaftspartei im Landtag sind z. B. auch in diesem Falle von gar keiner Bedeutung. Im parlamentarischen Leben fallen die Entscheidungen immer durch Mehrheiten, und da sind nur jene Standesvertreter erfolgreich, denen es gelingt, die großen Fraktionen für die Berechtigung ihrer Standesinteressen zu überzeugen. Jedes einseitige Vorgehen bei den Wahlen hat immer eine große Täuschung im Gefolge gehabt. Im Reichstage haben die starken Gruppen der Mittelstandsvertreter der bürgerlichen Parteien in interfraktionellen Sitzungen sich immer wieder zusammengefunden. Der Parteiunterschied hat sich nicht im geringsten geltend gemacht. Noch im letzten Reichstag ist eine ganze Reihe von Anträgen, die ich als Vorsitzender des sechsten Ausschusses gesprochen und begründet habe, in kurzer Zeit einstimmig zur Annahme gelangt. Es kommt eben auf die geschickte und überzeugende Geltendmachung der Forderungen des Mittelstandes an. Wenn man von der bisher bei den Wahlen beobachteten Praxis abgeht, wird man nie finden, daß das Handwerk geschlossen dasteht. Es wird sich dann von den Parteien trennen. Dann gibt es aber auch im politischen Leben Dinge, die nicht lediglich auf dem materiellen Boden stehen. Alle diese Gründe sprechen auch gegen ein berufsständisches Vorgehen bei den Gemeinderatswahlen. Wenn auch wie vereinzelt am Niederrhein einzelne Mittelständler in den Gemeindeparlamenten das Zünglein an der Wage bilden, so ist das natürlich kein Normalzustand, denn wirkliche Mittelstandsinteressen können bloß dann mit Erfolg gefördert werden, wenn die betreffenden Vertreter Initiative zu entwickeln in der Lage sind mit dem Ziel und der Aussicht, eine feste Mehrheit für ihre Forderung zu gewinnen. Je nachdrücklicher sich der Mittelstand innerhalb der politischen Parteien geltend macht, um so mehr nützt er seinen Standesinteressen. Gerade mit Rücksicht auf die folgenschweren kommenden Neuwahlen gilt es, den verlorenen Einfluß im politischen Leben wieder zu gewinnen, es kommt weniger auf die Zahl der Vertreter an, als auf solche, welche den Interessen des Standes in den Fraktionen nachdrücklich Geltung zu verschaffen verstehen

Staatliche Aufbauklassen in Westfalen.

Von Seminardirektor Feilzer, Coesfeld.

Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat genehmigt, daß zu Ostern d. Js. in Verbindung mit den bestehenden staatlichen Aufbauklassen neue unterste Klassen (U III) an folgenden Orten eröffnet werden: Coesfeld, Warendorf, Büren, Petershagen, Hilchenbach, Olpe, Tecklenburg und Laasphe. Der Ausbau dieser Aufbauklassen zu vollberechtigten Aufbauschulen ist durch Verträge mit den in Betracht kommenden Gemeinden gesichert. Diejenigen Eltern, die ihren Kindern eine abgeschlossene höhere Schulbildung als Grundlage für die spätere Berufsbildung geben wollen, können also ihre Kinder ohne Sorge den Aufbauklassen anvertrauen. Von den genannten in der Entwicklung begriffenen neuen höheren Lehranstalten ist diejenige in Coesfeld für Mädchen bestimmt. Da in Elternkreisen noch vielfach Unklarheit über die Aufbauschule besteht, sei die Bedeutung dieser neuen Schuleinrichtung kurz dargelegt.

Wer von den lebhaften Erörterungen der Schulorganisationsfragen in Fach- und politischen Kreisen auch nur gelegentlich Kenntnis erhalten hat, wird wissen, daß der Begriff „Einheitsschule" in diesen Debatten eine wesentliche Rolle gespielt hat. Auf die vielseitige Deutung dieses Begriffs kann hier nicht eingegangen werden. Es sei nur gesagt, daß diese Bestrebungen auf Vereinheitlichung des Schulwesens sich um zwei Fragenkomplexe verdichteten, die allerdings auch wieder innerlich zusammenhangen. Einerseits richtete sich das Streben nach einer stärkeren inneren Bildungseinheit der höheren Schule mit der Volksschule, andererseits nach einer einheitlichen Organisation des gesamten Schulwesens. Der Gedanke der inneren Bildungseinheit mit der Volksschule führte zu der Idee der deutschen Oberschule und fand seinen besonders charakteristischen Ausdruck in der Aufbauschule. Durch die Errichtung der Aufbauschule wird anerkannt, daß die Volksschule auch und gerade auf dem Lande und in der kleinen Stadt Schüler bildet, die durch den ungebrochenen Zusammenhang mit Heimat und Gemeinschaft, erfüllt von den Bildungsgütern der Volksschule, nunmehr mit gesammelter Kraft in sechs Jahren eine den anderen Schularten gleichartige und gleichberechtigte Reife erlangen können." Die Aufbauschule nimmt Schüler nach mindestens siebenjährigem Besuche der Volksschule auf und verleiht nach sechsjährigem Lehrgange die Berechtigung zum Hochschulstudium. Sie gewährt also dem begabten Schüler des Dorfes und der Kleinstadt, der die Volksschule — nicht nur die 4-jährige Grundschule — durchlaufen hat, die Möglichkeit, Anschluß an die höhere Bildung zu finden. Daß auch Schüler und Schülerinnen von Rektoratschulen und höheren Mädchenschulen in die Aufbauklassen Aufnahme finden können, sei nebenbei erwähnt.

Die Denkschrift der Unterrichtsverwaltung betont ausdrücklich, daß die Errichtung der Aufbauschule nicht etwa aus wirtschaftlichen Gründen erfolge, sondern aus kulturpolitischen: „Man hat erkannt, daß der Aufstieg der begabten Dorf- und Kleinstadtkinder durch unsere Schulorganisation gehemmt und niedergehalten wird. Der Aufstieg aus diesen wertvollen Volksschichten aber ist nicht in erster Linie für die Zukunft dieser Kinder selbst notwendig; er ist für das Volksganze gerade in unserer Gegenwart von zwingender kulturpolitischer Notwendigkeit. In Dorf und Kleinstadt besitzt unser Volk nicht nur unverbrauchte Kräfte, den Jungbrunnen, aus dem es immer wieder das reine Quellwasser seiner völkischen Ursprünglichkeit schöpfen kann. Es besitzt hier Kräfte ganz anderer, ja grundsätzlich entgegengesetzter Art, als sie in der vorherrschenden Großstadtkultur und den von ihr geformten Großstadtmenschen aller Schichten wirksam sind." Es ist klar, daß diese Eigenart sich nur entwickeln kann, wenn die Kinder in ruhigem, stillem Wachstum sich in die Natur- und Gemeinschaftsformen ihrer Umwelt einleben. Darum ist eine verfrühte Losreißung dieser Kinder aus dem Wurzelboden ihres Gemeinschaftslebens für die Entwicklung besonders gefährlich.

Die Denkschrift bringt für die Aufbauschule zwei verschiedene Typen in Vorschlag, den der deutschen Oberschule und der Oberrealschule. Die meisten Aufbauschulen werden nach dem ersten Typ eingerichtet. Hierfür sind folgende Stundenzahlen vorgesehen: Religion 12 (auf den 6 Klassen je 2), Deutsch 28, Philologische Lektüre 2, Geschichte und Staatsbürgerkunde 21, Erdkunde 12, Rechnen und Mathematik 26, Naturwissenschaften 27, erste Fremdsprache (meist englisch) 30, zweite Fremdsprache 13, Zeichnen 12, Musik 12, Turnen 18. Hinzu treten die wahlfreien Fächer, bei den Mädchen z. B. Nadelarbeit, gärtnerische Arbeiten, Klavier oder Geige.

Die ministerielle Denkschrift setzt sich auch mit den Bedenken auseinander, die man von verschiedenen Seiten gegen die Aufbauschule vorgebracht hat. Aus den Kreisen der Philologen wird vor allem bezweifelt, daß die Aufbauschule in sechs Jahren das ihr gesteckte Ziel erreichen könne. Hierzu bemerkt die Denkschrift: „Die Aufbauschule gründet sich auf die Ueberzeugung, daß die Volksschule in siebenjähriger ungestörter Arbeit eine nicht geringe Zahl ihrer Schüler so bildet, daß diese nun in seelischer und körperlicher Gesundheit fähig sind, in kürzerer Zeit zur vollen Reife einer höheren Schule emporzusteigen. Sie wird und soll keine leichte Schule sein. Nur Schüler von ausgesprochener Begabung mit gesammelter Kraft, bei widerstandsfähiger Gesundheit, bei unzerstreuter Einstellung auf die Schularbeit, in einer möglichst wenig verwirrenden und verworrenen Umgebung können in sechs Jahren eine den 9stufigen Anstalten gleichwertige Bildung erreichen, wenn nicht die gleiche Summe schnellerworbener Kenntnisse, sondern die gleiche wissenschaftliche Leistungsfähigkeit als Maßstab genommen wird." Die Erfahrungen, die bisher in den bestehenden Aufbauklassen gemacht worden sind, lassen selbstverständlich noch kein abschließendes Urteil zu, sie berechtigen aber unbedingt zu dem Glauben, daß der Gedanke der Aufbauschule durchführbar ist, und daß die neue Schule eine Lücke in dem System der höheren Schulen ausfüllen wird. Auch die Befürchtung, daß Mädchen den Anforderungen an ihre Arbeitskraft körperlich nicht gewachsen seien, erscheint unberechtigt. Hierfür spricht z. B. die Tatsache, daß die Schulversäumnisse wegen Krankheit in einer Mädchenaufbauklasse mit 20 Schülerinnen noch nicht einmal ein Zehntel Prozent betrugen.

Aus den Kreisen der Volksschullehrer ist die Befürchtung laut geworden, die Aufbauschule solle eine verkappte Lehrerbildungsanstalt werden. Die Denkschrift weist diese Befürchtung zurück: „Schließlich muß auch hier unmißverständlich ausgesprochen werden, daß die Aufbauschule zur Volksschullehrerbildung in keinem anderen Verhältnis steht als die anderen höheren Schulen. Die Freunde der Aufbauschule hoffen freilich, daß die besonderen Werte dieser Schule auf viele künftige Volksschullehrer und Volksschullehrerinnen eine starke Anziehungskraft ausüben werden, besonders auf die, welche aus ländlichen Schichten stammen. Gerade der Land- und Kleinstadtlehrer wird die Entfaltung der besonderen Ideale der Aufbauschule nicht entbehren dürfen, wenn er in seinem späteren Beruf die volle Einfühlungsmöglichkeit in die Seelenlage von Eltern und Schülern besitzen will."

Es ist klar, daß die einzelnen Aufbauschulen bei der Auswahl ihres Schülermaterials auf größere Bezirke als die übrigen höheren Lehranstalten zurückgreifen müssen. Daher muß für passende Unterbringung der auswärtigen Schüler und Schülerinnen gesorgt werden. Für Mädchen wird wohl unbestritten das Internat als geeignetste Unterkunft in Betracht kommen. Aus dieser Erwägung heraus ist für die Mädchenaufbauklassen in Coesfeld, dem einzigen bisher in Westfalen bestehenden, ein Internat eingerichtet worden. Dieses Internat steht unter der Leitung von Ordensschwestern und wird auch eine der an den Aufbauklassen wirkenden Lehrkräfte beherbergen.

Keine Wahlreform?

× **Berlin**, 19. Febr. Die Reichsregierung beschloß, dem gegenwärtigen Reichstag kein neues Ermächtigungsgesetz und keine Wahlrechtsreformvorlage mehr vorzulegen. Der Aeltestenrat des Reichstages hat gestern beschlossen, daß eine Abänderung des Reichstagswahlgesetzes aus technischen Gründen vor den Wahlen nicht mehr möglich ist.

*

Mit diesen Beschlüssen von Regierung und Aeltestenausschuß des Reichstages kann und darf die Wahlrechtsfrage nicht erledigt sein. Die „technischen" Gründe, die da angegeben werden, sind mehr als faul. Wenn der Reichstag in den nächsten Tagen der Auflösung entgeht, ist mehr als genug Zeit vorhanden zur eingehenden Beratung der Wahlrechtsnovelle. Es ist nur der dem Reichstag fehlende Wille, gegebenenfalls einem großen Teil seiner jetzigen Mitglieder die Wiederwahl zu verbauen, weshalb die aus allen Parteien im Lande geforderte Reform nunmehr bis zu den griechischen Kalenden verschleppt werden soll. Wenn aber der Reichstag nicht will, hat das Volk im Volksbegehren die Möglichkeit, seinen Willen zur Geltung zu bringen. Wir möchten hoffen, daß dazu die Initiative gefunden wird.

Auffindung eines deutschen Massengrabes beim Toten Mann.

m. **Verdun**, 19. Febr. (Tel.) Bei Aufräumungsarbeiten am „Toten Mann" wurden in einer verschütteten Kaserne die Leichen von etwas über 100 deutscher Soldaten gefunden, die ohne jede Spur von Verwesung waren.

Der Besuch Meerfelds in London.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Meerfeld hat, wie bereits gemeldet, eine Reise nach London gemacht, um dort mit Kreisen der Arbeiterregierung Fühlung zu nehmen; er war begleitet von dem Parteisekretär Weingarz. Ueber die Reise berichtet Herr Meerfeld in der „Rheinischen Zeitung" u. a.:

„In London weht eine ganz besondere, von der unsrigen ganz verschiedene politische Luft, an die sich der Deutsche erst gewöhnen muß. Auch die Labour Party wird von dieser Atmosphäre beherrscht und stellt ihre Politik durchaus darauf ein. Der deutsche Besucher kann sofort feststellen, daß man drüben Menschen und Dinge mit anderen Augen sieht als bei uns und infolgedessen auch vielfach zu anderen Schlüssen gelangt. Man ist „staatsmännischer", ich möchte sagen, man steht mehr über den Dingen und sieht schärfer die großen Zusammenhänge der internationalen Politik. Aber man ist auch sehr vorsichtig und zurückhaltend. Namentlich der Erste Minister, Macdonald, von jeher als Taktiker ersten Ranges bekannt, ist mit seiner Auslandspolitik — er ist ja auch Minister des Aeußeren — noch im Stadium der Vorbereitungen und des sorgfältigen Abwägens. Er hat aber vorweg der Gründe genug, auf Frankreich sehr starke Rücksicht zu nehmen und die Franzosen nicht unnötig zu brüskieren. Gerade in den Tagen unseres Londoner Aufenthalts ereigneten sich einige Dinge, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, die aber Herrn Macdonald zu noch größerer Zurückhaltung gegenüber Frankreich veranlaßten und es ihm deshalb auch geraten erschienen ließen, Herrn Poincaré nicht dadurch zu verstimmen, daß er Vertretern des Rheinlandes eine offizielle Unterredung gewährte. Wir konnten mehrere Minister sprechen, darunter Herrn Trevelyan, den bekannten Friedensvorkämpfer, der sich für unsere Auffassungen außerordentlich interessierte. Ferner hatten wir Gelegenheit, vor einem ausgewählten Kreise von Abgeordneten und anderen führenden Persönlichkeiten der Labour Party zu sprechen und mit ihnen zu diskutieren. Außerdem hatten wir ausführliche Besprechungen mit rühmlichst bekannten politischen Schriftstellern, wie Norman, Angell, Wassingham und Brailsford.

Der hervorstechendste Eindruck bei all diesen Besprechungen war der, daß im Mittelpunkt der politischen Betrachtung der Engländer die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund sowie die von Frankreich sehr geschickt behandelte Frage der Sicherungen im Rheinland stehen. Ueber beide Fragen haben wir selbstverständlich mit aller Offenheit gesprochen und den deutschen Standpunkt begründet. Daneben wurden noch eine Menge anderer Dinge besprochen, so die Frage der etwaigen Zurückziehung der englischen Truppen vom Rhein, die Frage der Besetzungsleistungen, der deutschen Zahlungsfähigkeit, des Sonderbündlertums, der politischen Gefahren im Rheinland. Auch hier ist zu betonen, daß die Engländer die Dinge eben Englisch sehen, aber dennoch durchaus reges Interesse für unsere Auffassungen bekundeten und durch entsprechende Fragestellung ihre Eindrücke zu vertiefen suchten. Alles in allem konnten wir von London mit dem Bewußtsein scheiden, keine vergebliche Reise gemacht, vielmehr den Zweck der Fühlungnahme mit einflußreichen Männern des neuen Englands in großem Umfang erreicht zu haben."

Statt Karten.

Maria Betcke
Erwin Lehmann
Verlobte.

Bocholt *Breslau*
im Februar 1924.

Heinz-Joachim

Die Geburt eines
Stammhalters
zeigen hocherfreut an
Architekt H. Weismantel u. Frau
Claire geb. Schulz.

Köln a. Rh (Norbertstr. 25), 16. 2. 24
ic651

Am Donnerstag, 21. Februar, findet eine
außerordtl. Generalversammlung
statt. k647 Der Vorstand

Bauernverein :-: Amt Rhede.

Freitag, den 22. 2., nachmittags 5 Uhr bei Rößing

Versammlung

1. Wirtschaftspolitische Tagesfragen Dr. Hoffschlag-Borken.
2. Errichtung einer Aufbau-Genossenschaft oder Feuersozietät.
3. Verschiedenes.

Gäste willkommen.

Gebrauchte, gut erhaltene
Zwirnmaschine
von 30—40 Spindeln zu kaufen gesucht.

Angebote unter **E. 648** an die Geschäftsstelle des Blattes.

Versicherungs-Inspektor.

Wir suchen für alle Branchen tüchtige Reisebeamte für verschiedene Bezirke Westfalens. Herren, welche bisher im Versicherungsfach nicht tätig waren, werden gründlich eingearbeitet. Bewerber mit guten Zeugnissen oder Empfehlungen werden um ausführliches Angebot ersucht.

Stuttgarter Versicherungs Consern.
Bezirksdirektion Elberfeld H. Würz.
Walter Rathenaustr 32.
Fernspr. 4945 und 4946.

Jüngerer
Zeitungsbote
evtl. für ganze Tage gesucht.
„Bocholter Volksblatt".

Deckanzeige.

Den geehrten Pferdezüchtern zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich die Stationen mit angekörten Hengsten wie folgt bestellt habe:

„Problem"

auf dem Hofe des Gutsbesitzers Bernhard Tünte, Dingdener-Berg bei Dingden (Telefon: Amt Ringenberg 37).

„Granit und Atration"

bei Bernhard Gruß-Holtwick, Feldmark Bocholt, in der Nähe der Molkerei Bocholt (Telef. Nr. 523).

„König Ludwig"

auf dem Gute Schulze-Böing in Vardingholt (Telefon: Amt Rhede Nr. 35). (507

Heinrich Honsel,
Vardingholt.

Danksagung.

Für die uns beim Hinscheiden unserer lieben Mutter erwiesene Teilnahme sprechen wir allen, besonders der Vereinigung der Kriegshinterbliebenen unseren Dank aus.

Geschwister Schmitz und Anverwandte.

Wert der Sachbezüge.

Vom 11. Februar 1924 ab bis auf weiteres wird für den Bezirk des Versicherungsamtes Borken der Wert der Sachbezüge gemäß § 160 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung und des § 1 des Reichsversicherungsgesetzes für Angestellte wie folgt festgesetzt:

Bezeichnung der Sachbezüge.	Männl. Personen ausschl. Lehrlinge Mark	Weibl. Personen und Lehrlinge Mark
Morgenkaffee u. Frühstück	0 11	0,10
Mittagessen	0.35	0.30
Nachmittagkaffee	0.11	0.10
Abendessen	0.22	0.20
für Wohnung, Heizung u. Beleuchtung	0.11	0.10
zusammen für den Tag	0.90	0.80
zusammen für den Monat	27.00	24.00
zusammen für das Jahr	324.00	288.00

vervielfältigt mit der Reichsrichtzahl, die am Donnerstag der vorhergehenden Woche im Reichsanzeiger veröffentlicht ist. Eine Abrundung findet nicht statt.

Die Festsetzung ändert sich demnach mit dem Montag jeder Woche, ohne daß eine besondere Bekanntmachung erfolgt.

Borken, den 8. Febr. 1924.

Der Vorsitzende des Versicherungsamtes.

Bekanntmachung.

Die Gebrüder Hermann u. Heinrich Uebbing zu Krechting haben die Genehmigung zur Ansiedelung auf dem außerhalb einer im Zusammenhange gebauten Ortschaft in der politischen Gemeinde Altrhede belegenen unbebauten Grundstücke Flur 22 Parzelle 288/1 und 555/288 der Katastergemeinde Altrhede beantragt.

In Gemäßheit des § 16 des Gesetzes vom 10. August 1904 bringe ich diesen Antrag mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß gegen denselben von den Eigentümern, Nutzungs-, Gebrauchsberechtigten und Pächtern der benachbarten Grundstücke innerhalb einer Ausschlußfrist von 21 Tagen bei dem Kreisausschuß Borken Einspruch erhoben werden kann, wenn der Einspruch sich auf Tatsachen begründen läßt, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Ansiedelung den Schutz der Nutzungen benachbarter Grundstücke aus der Land- und Forstwirtschaft, aus dem Gartenbau, der Jagd oder Fischerei gefährden werde.

Altrhede, den 11. Febr. 1924.

Der Gemeindevorsteher:
Wenning.

Bekanntmachung.

Die Gewerbesteuerrollen für das Rechnungsjahr 1923 liegen vom 20. ds. Mts. ab 8 Tage lang auf dem hiesigen Amtsbüro zur Einsicht der Beteiligten offen.

Bocholt, den 18. Februar 1924.
650) **Der Amtmann:** Lainck.

In der Strafsache

gegen
1. die Frau Witwe Elisabeth Heßling in Dingden, Dorfbauerschaft 13,
2. die Ehefrau Anna Brauer in Dingden, Berg Nr. 64,

wegen Preistreiberei
hat der Preuß. Amtsrichter in Bocholt in der Sitzung vom 7. Februar 1924 für Recht erkannt:

Die Angeklagten sind der übermäßigen Preisforderung für Butter und Milch schuldig und werden deshalb je zu einer Gefängnisstrafe von 1 Monat und einer Geldstrafe von 50 Goldmark verurteilt. (644

Bocholt, den 13. Febr. 1924.

Auf Anordnung des Gerichts:
Bartling

Rotklee-Samen zu kaufen bei (387
Legeland. Werth.

Ein guterhaltener
Ruffen-wagen
und eine Kuhkarre zu verkaufen. (381
Näheres in d. Geschäftsstelle.

Holzverkauf.

Am Dienstag, den 26. ds. Mts., nachmittags 1 Uhr gelangt in der Gastwirtschaft Franz Rößing in Rhede das nachstehend aufgeführte Holz aus den fürstlichen Forstorten Haus Rhederbusch, Wissingsbusch u. Wissingskamp zur öffentlichen Versteigerung:

9 Parzellen = 80 rm Eichenstangen, (Brennholz)
26 Parzellen = 212,5 rm Kiefernstangen, geeignet zu Frechtpfählen, Reifstangen, Baltenschlieten, leichten Sparren usw.
10 Parzellen = 50 rm Kiefernstangenreis (Brennholz)
50 Parzellen = 4000 Stück bearbeitete und schöne Kiefernbohnenstangen.

Nähere Auskunft erteilt Herr Förster Köster in Rhede, Telefon Bocholt Nr. 566. (588

Stadtlohn, d. 14. Febr. 24.
Fürstlich Salm-Salm'sches Forstamt.

Ich empfehle mich zur Lieferung sämtlicher Hölzer für
Schreiner- u. Möbelzwecke
Kistenbretter usw.
in Schwedischer u. Finnischer Ware.
Preisanfragen erbeten.
J. B. te Paske, Aalten (Holld.)
Dampfsäge- u. Hobelwerk, Holzhdlg.

Junges, properes
Mädchen
zu einem Kind und für Hausarbeit in kleinen Haushalt sofort gesucht. (388
Frau Wetholo,
Schanze 47.

Zum 15. März od. 1. April ein (383
Mädchen
gesucht, welches zu Hause schlafen kann
Näheres in d. Geschäftsstelle.

Landwirtssohn, der mit Pferden umgehen kann, sucht passende (658
Stellung
als Fuhrmann bei einer Fabrik oder Transportgesellschaft.
Näheres bei Josef Heinrichs in Rhede.

Zuverlässiger selbständiger (382
Heizer
mit guten Zeugnissen sucht sich als Heizer oder Nachtwächter z. verändern
Offert. u. **B. 382** an die Geschäftsstelle erbeten.

Junge
von 15—20 Jahren auf dem Lande gesucht. (391
Näheres in d. Geschäftsstelle.

Ein anständ. Herr z. Mitbewohnen eines möbl. Zimmers mit voller Pension
gesucht.
Näheres in d. Geschäftsstelle. (656

Aelterer, erfahrener
Untermeister
der mit sämtlichen Jacquardmaschinen u. Webstühlen vertraut ist, sucht
Stellung.
Off. u. **B. 365** an die Geschäftsstelle des Blattes.

Prima (345
Rotkleesamen
zu verkaufen.
Franz Sprünken
Loikum 57.

Dortselbst zum 1. Mai ein
Dienst-Mädchen
gesucht, welches melken kann.

Ein in Küche und Hausarbeit erfahrenes
Mädchen
gesucht, welches zu Hause schlafen kann.
Näheres in d. Geschäftsstelle.

Anfertigung von
Herren- und Damen-Kleidungsstücken.
Elegant. Sitz, gute Verarbeitung b. billigster Berechnung. Reichh. Stofflager.
W. Schlottbohm jr.
Schneidermeister
Südmauer Nr. 20.

Freibank.

Mittwoch nachmittag von 2 Uhr an ist
Rindfleisch
zu haben. Preis 0,40 Mk.

Ein 1½jähriger leichter (657
Wallach
und 2 hochtragende Rinder zu verkaufen.
Näheres in d. Geschäftsstelle u. b. Jos. Heinrichs in Rhede.

Rehpinscher-Hündin
reinrassig, zu verkaufen. (652
Näheres in d. Geschäftsstelle.

Eine schwere, 8jährige
belgische
Stute
zu verkaufen. k869
Näheres in d. Geschäftsstelle.

Ca. 20 Zentner gutes (646
Wiesenheu
abzugeben.
Näheres bei Josef **Knuffmann**, Ostmauerstr. 10.

Bienenhonig.

Verkaufe aus meinem eigenen Bienenbestand, garantiert **reinen Bienenhonig.**
Reinhard Ehling,
Telefon 420.

Wir suchen größere Posten (657
Waren
aller Art.
Hüffe & Co
Hannover.

Das erstklassige Wochenprogramm!
Mittwoch, Donnerstag
im 378b

Apollo-Theater

zeigt Lee Parry die preisgekrönte Schönheit, in dem wunderbaren Filmdrama

Staatsanwalt Briands Abenteuer.

6 Akte 6 Akte

Tiefergreifend ziehen die reichbewegten Erlebnisse der bildschönen Lee Parry an uns vorüber. Jeder Akt eine Fülle von seltsamen, tragischen Begebenheiten und abenteuerlichen Hindernissen. Ausstattung, Darstellung, Regie, Fotografie schaffen in ihrer Gesamtwirkung ein Spiel, das in seiner Art einzig ist.

2.
Der spannende Detektivfilm
Das **Geheimnis der Union-Bank**
Eine sensationelle Detektivgeschichte in 4 Akten mit einer Fülle überwältigender Ereignisse und Begebenheiten, wie sie selten im Film gezeigt werden.

3. Das brillante Lustspiel:
Halt nicht küssen!
3 Akte voll Humor mit Wanda Treumann und Viggo Larsen.

Zur gefl. Beachtung! Das Theater ist bis auf Weiteres wieder täglich geöffnet.

Wir vergüten

im Sparverkehr bei täglicher Kündigung

8%

bei längerer Kündigung je nach Vereinbarung. Spareinlagen auf Dollarbasis. Jeglicher Verlust ausgeschlossen.

Kassenstunden vorm. von ½9—½1 Uhr, nachmittags von 3—5 Uhr.

Sparkasse des Kreises Borken i. W.
Zweigstelle Anholt. Zweigstelle Bocholt.

Achtung Landwirte!

Kennen Sie den neuen

Sachsenwerk-Landwirtschaftsmotor?

Vollständige Kapselung der Schleifringe!
Keine Feuersgefahr!
Kein Verschmutzen wichtiger Teile!
Besichtigen Sie bitte unser Lager!
Ständiger Lagervorrat ca. 100 Stück in den Stärken von 1—20 PS.

Gebr. Becher G. m. b. H.
Bocholt, Nobelstr. 14. Fernruf 143.

Alle Anzeigen

für auswärtige Zeitungen

werden prompt zu **Originalpreisen ohne jeden Aufschlag** besorgt.

Bocholter Volksblatt
J. & A. Temming.